



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 07. Februar 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Mehr als 3.000 Menschen sind seit vergangenen Mittwoch vor Libyen im Mittelmeer gerettet worden.
<https://www.tagesschau.de/ausland/libyen-299.html> (04.02.17)
- *Die Zeit* gibt wieder, wie viele dem UNHCR und DRK bekannte Geflüchtete sich auf der heute faktisch geschlossenen Balkanroute aufhalten:
 - Türkei: 3 Millionen
 - Griechenland: 62.400
 - Mazedonien: 179
 - Serbien: 7.300
 - Ungarn: 4.800
 - Kroatien: 950
 - Slowenien: 300<http://www.zeit.de/video/2017-02/5309269514001/balkanroute-so-viele-fluechtlinge-sitzen-in-suedeuropa-fest> (03.02.17)
- Bei der Sitzung des Europäischen Rats in Malta diskutierten die europäischen Staats- und Regierungschefs die Rückführung und Inhaftierung von übers Mittelmeer Fliehenden in Lager in Libyen. Sie beschlossen einen Zehn-Punkte-Plan dessen Umsetzung nun die EU-Kommission prüft. Die Lager existieren bereits jetzt, NGOs berichten von unmenschlichen Bedingungen, von Folter, sexueller Ausbeutung und Erniedrigung sowie von Hinrichtungen, auch Kinder werden inhaftiert. Niemand dort weiß, wann er*sie die Lager verlassen kann. Bundesinnenminister Thomas de Maizière ist schon lange ein Freund dieser Lager und fordert, auf dem Mittelmeer Aufgegriffene nach Nordafrika zurückzuschicken. Nun hat sich auch der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, entsprechend geäußert. Massive Kritik an seiner Stellungnahme kam aus der eigenen Partei sowie von Grünen und Linken. Nachdem die Kritiker*innen unter anderem darauf verwiesen, dass Libyen nicht einmal mehr ein Staat mit Gewaltmonopol sei und die Lager von keinem Ministerium kontrolliert werden sondern von Milizen, rudert Oppermann zurück. Seine Pläne mit Libyen möchte er erst später umsetzen, derartige Lager in anderen, stabileren Ländern Nordafrikas findet er aber schon jetzt in Ordnung.
<https://www.tagesschau.de/ausland/eu-malta-fluechtlinge-101.html> (03.02.17)
<http://www.dw.com/de/oppermann-der-asyl-hardliner/a-37423674> (06.02.17)

<https://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-oppermann-105.html> (07.02.17)

- Ein US-Bundesgericht in Seattle erklärt den Einreisestopp von US-Präsident Donald Trump für nichtig, die Regierung legte Berufung ein, die wurde abgelehnt. Nun liegt der Rechtsstreit beim Bundesberufungsgericht in San Francisco. Dies hört heute beide Seiten an. Die Bundesstaaten Washington und Minnesota klagten gegen die Exekutivanordnung. Mehr als 100 Unternehmen haben sich der Argumentation angeschlossen, dass der Stopp schädlich sei, weitere Stellungnahmen kamen von den ehemaligen Außenminister*innen Madeleine Albright und John Kerry. Trump reagiert auf den wehrhaften Rechtsstaat und ordnet stärkere Einreisekontrollen an.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/usa-einreisestopp-urteil-us-regierung-geht-in-berufung-1.3364098> (05.02.17)
<https://www.tagesschau.de/ausland/usa-trump-einreisestopp-105.html> (05.02.17)
<https://www.tagesschau.de/ausland/trump-einreiseverbote-103.html> (06.02.17)
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trumps-einreiseverbot-berufungsgericht-setzt-anhoerung-an-a-1133443.html> (07.02.17)
- Die Regierungen der Visegrad-Staaten, Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn, die ihre EU-Politik koordinieren, geraten trotz ihrer gemeinsamen, mehr oder weniger unverhohlenen Verachtung für Rechtsstaat und Fliehende in Streit über den Umgang mit US-Präsident Trump. Dessen teils Russland-freundliche Rhetorik gefällt beispielsweise der polnischen Regierung überhaupt nicht. Auch dass Trump die NATO infrage stellt, unterminiert das Sicherheitskonzept Polens.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-02/donald-trump-osteuropa-visegrad-staaten-rechtspopulismus> (06.02.17)
- Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchte am Freitag den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Sie betonte die Wichtigkeit der Pressefreiheit und sagte Erdogan die Aufnahme von 500 Geflüchteten pro Monat zu. Ebenso traf sie sich mit dem sozialdemokratischen Oppositionsführer sowie Vertreter*innen der als prokurdisch geltenden Demokratischen Partei der Völker (HDP).
<https://www.taz.de/Nach-dem-Treffen-mit-Erdogan/!5381127/> (03.02.17)
- Dänemark will Abschiebungen nach Somalia durchführen, 800 Menschen wurde angekündigt, dass ihr Aufenthaltsstatus überprüft werde, vier Menschen haben ihre Aufenthaltsgenehmigung bereits verloren. Die dänische Regierung begründet das Vorgehen mit den Ergebnissen, die eine „Factfinding“-Mission vorgelegt hat. Die war Ende 2015 in Mogadschiu und hielt sich immerhin einen ganzen Tag auf dem örtlichen Flughafen auf. Ein Jahr später reisten die Delegierten dann in Nairobi, Kenia weil auch der Flughafen in Mogadschiu nicht mehr sicher genug war. Das UNHCR hat die dänische Regierung aufgefordert, die Pläne nicht umzusetzen.
<http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/fluechtlinge-in-daenemark-abschiebung-in-den-fast-sicheren-tod,24931854,35128530.html> (02.02.17)
- In Rumänien kommt es zu Protesten von landesweit 500.000 Menschen. Die sozialistische Regierung hatte ein Gesetz beschlossen, welches Amtsmissbrauch und Korruption weitgehend strafmindernd wenn nicht straffrei gehandhabt hätte. Die Regierung zog das Gesetz am Wochenende zurück, die Demonstrationen dauern aber an, der Rücktritt wird gefordert. Die NZZ schreibt, die Regierung offenbare ein ähnlich autoritäres Denken wie das der polnischen oder ungarischen Regierung, Gewaltentrennung und Rechtsstaat seien bei der sich diesmal als sozialistisch verstehenden Partei auf dem Weg zur Macht nur hinderlich.
<https://www.nzz.ch/meinung/korruption-und-nationalismus-statt-rechtsstaat-rumaenien-wagt-den-rueckschritt-ld.143150> (01.02.17)
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/rumaenien-500-000-menschen-demonstrieren-gegen-regierung-a-1133256.html> (06.02.17)

Bund, Land, Kommune

- Die Bundesregierung unterhält seit dem 1. Februar das Rückkehrprogramm „Starthilfe plus“. Menschen die sich noch vor Erhalt des Bescheids über ihren Asylantrag für eine freiwillige Rückkehr entscheiden, erhalten 1.200 Euro, Menschen, die nicht gegen einen negativen Asylbescheid klagen und ausreisen, sollen 800 erhalten. Die Hälfte der Fördersatzes ist jeweils für Kinder vorgesehen. Damit Menschen auf ihre Rechte verzichten sollen sie gekauft werden. Bisher gab es schon Programme zur freiwilligen Rückreise, „Starthilfe plus“ höhlt aber ganz unverhohlen faire Asylverfahren und damit das Recht auf Asyl aus. Für Menschen aus dem Westbalkan und Menschen syrischer Staatsangehörigkeit soll das Programm außerdem nicht gelten.
http://www.deutschlandfunk.de/asylpolitik-geld-gegen-rueckkehr.1818.de.html?dram:article_id=377843 (01.02.17)
- Die Bundesregierung sieht ein Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt als nicht sinnvoll an, schließlich würden die Gewaltopfer gegenüber anderen, deutschen Gewaltopfern privilegiert. Die Bundesregierung vergisst dabei, dass mit der deutschen Staatsbürgerschaft eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis für das deutsche Staatsterritorium einhergeht.
<http://www.taz.de/Rechtsextreme-Gewalt-gegen-Gefluechtete!/5381193/> (03.02.17)
- Schleswig-Holstein wird sich nicht an Abschiebungen nach Afghanistan beteiligen. Den Bedenken schlossen sich die Bundesländer Berlin, Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz an.
<http://www.zeit.de/news/2017-02/01/deutschland-schleswig-holstein-kuendigt-stoppen-von-abschiebungen-nach-afghanistan-an-01163003> (01.02.17)
<http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/fluechtlinge-mehrere-laender-stoppen-abschiebungen-nach-afghanistan,24931854,35137568.html> (06.02.17)
- Der *MDR* berichtet, 3.377 Menschen seien in 2016 aus Sachsen abgeschoben. Auf die Anfrage des Mitglieds im Landtag Juliane Nagel antwortete das Innenministerium dagegen, 3.206 Menschen seien abgeschoben worden. Der SFR hat die Landesdirektion sowie den *MDR* angefragt, wie die Differenz von 171 Menschen einzuordnen ist. Dennoch kann gesagt werden, dass die meisten Menschen in die als „Sichere Herkunftsstaaten“ deklarierten Länder des Westbalkans abgeschoben wurden. Innenminister Markus Ulbig kündigt an, verstärkt in die Staaten Nordafrikas abschieben zu wollen. Sachsen hat damit seine Abschiebezahl massiv erhöht, auch hier kann bereits trotz zweier verschiedener Zahlen von einer knappen Verdopplung gesprochen werden.
<http://www.mdr.de/sachsen/aktuelle-abschiebezahlen-sachsen-100.html> (05.02.17)
- 2016 kamen nach Angaben des Landesjugendamts 2.340 geflohene Kinder und Jugendliche ohne Familie nach Sachsen. Für sie werden landesweit dringend Paten beziehungsweise Pflegefamilien gesucht. Zehn Minderjährige sind in Chemnitz bei einer Pflegefamilie untergebracht.
<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Bisher-nur-wenige-Gastfamilien-fuer-junge-Fluechtlinge-artikel9825139.php#> (01.02.17)
- Die Linke hat im Sächsischen Landtag ein Gesetz zur Neuordnung der Aufnahme von Geflüchteten eingebracht. Unter anderem schlug die Partei vor, dass das Integrationsministerium anstelle des Innenministeriums künftig oberste Aufnahmebehörde sei. Der Gesetzesentwurf wurde abgelehnt.
<http://www.dnn.de/Mitteldeutschland/News/Linke-scheitern-mit-Fluechtlingsgesetz-im-Landtag> (01.02.17)
- Manaf Halbouni hat nach eigener Aussage ein Monument für Frieden, Freiheit und Menschlichkeit entworfen. Drei hochkant gestellte Busse seit gestern auf dem Dresdner

Neumarkt. In Aleppo dienen derlei Konstruktionen dem Schutz vor Scharfschütz*innen.
<http://plus.faz.net/evr-editions/2017-02-02/tmWtGqmSkkHve6qM6E7MRjwo?GEPC=s5> (02.02.17)

- Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert äußert sich historisch korrekt zur Bombardierung Dresdens und muss jetzt von der Polizei geschützt werden. Er erhielt Morddrohungen, der Hass wurde unter anderem von der Jungen Alternative, Jugendorganisation der AfD, entfacht.
<http://m.sz-online.de/nachrichten/aufruf-zum-mord-gegen-ob-hilbert-3605504.html> (04.02.17)
- CDU und CSU verkünden, gemeinsam mit Angela Merkel als Spitzenkandidatin in den Bundestagswahlkampf zu ziehen und dabei ihre unterschiedlichen Positionen zur Obergrenze beizubehalten.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-und-horst-seehofer-bleiben-uneinig-ueber-obergrenze-fuer-fluechtlinge-a-1133331.html> (06.02.17)

Hintergrund und Meinung

- Im Interview mit Christian Jakob von der *taz* beschreibt Arjan Hehenkamp von Ärzte ohne Grenzen die Zustände in den Lagern in Libyen. Auch die NGO weiß nicht, wie viele Lager es gibt, die Lager, in denen die Ärzt*innen agieren sind überfüllt, die Menschen werden in kleinen Räumen eingesperrt, die oben beschriebenen Misshandlungen gibt Hehenkamp hier wieder, er spricht von „Orte[n] voller Gewalt“. Die Milizen, die die Lager kontrollieren würden Ärzten ohne Grenzen Zugang gewähren, da diese ein Interesse an lebenden Migrant*innen hätten. Mit Toten ließe sich kein Geld verdienen.
<http://www.taz.de/Arzt-ueber-Fluechtlingslager-in-Libyen/!5381309/> (07.02.17)
- Nazis reklamieren den Chemnitzer Sonnenberg für sich und tyrannisieren unter anderem die dortige Landtagsabgeordnete der Linken, Susanne Schaper. Der Widerstand, den es gibt und die Gründe, warum ausgerechnet der Sonnenberg von den Nazis als „national befreite Zone“ beansprucht wird, aber auch die Pläne die es für das Viertel gibt, gibt Sabine Seifert in der *taz*-Reportage wieder.
<http://www.taz.de/Rechte-Szene-in-Chemnitz/!5377926/> (06.02.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe